

## **Spannende Bundesratswahl**

**Nachdem Bundesrat Samuel Schmid Anfangs November nicht ganz überraschend seinen Rücktritt eingereicht hatte, beherrschte die Wahl seines Nachfolgers die politische Diskussion.**

**Die Budgetberatung, die Sanierungsmassnahmen für die UBS und die Wahlen an die Spitze der beiden Kammern bildeten die weiteren Schwerpunkte einer interessanten Session.**

### **Präsidentenwahlen**

Traditionsgemäss wählen beide Kammern am ersten Sessionstag ihre Präsidenten. Sie gingen, wie auch die Wahl des Bundespräsidenten, ohne Nebengeräusche über die Bühne.

Nationalratspräsidentin für 2009 wird die zweiundsechzigjährige Chiara Simoneschi-Cortesi. Mit ihr erhält der Kanton Tessin erstmals seit 1979 wieder das Amt der höchsten Schweizerin zugesprochen. Sie wohnt in Lugano und hat drei erwachsene Söhne. Ihre politische Laufbahn begann in einem Vorort Luganos als Gemeinderätin. Danach war sie Mitglied des Kantonsparlamentes und 1999 wurde sie in den Nationalrat gewählt. Als sozial engagierte Frau gehört sie zum linken Flügel der CVP. Sie machte sich einen Namen als Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Familienpolitik und die Gleichstellung von Frau und Mann gehören zu den Kernthemen ihrer parlamentarischen Arbeit.

Ständeratspräsident ist der Freiburger Alain Berset. Mit sechsunddreissig Jahren ist er der jüngste Präsident der kleinen Kammer in der Geschichte des Bundesstaates. Seine Heimat ist die Gemeinde Belfaux, ca. 10 km nordwestlich der Stadt Fribourg, wo er mit seiner Frau und seinen drei Kindern wohnt. Dort wurde er schon früh in den Gemeinderat gewählt, anschliessend arbeitete er im Freiburger Verfassungsrat und wurde 2003 als Einunddreissigjähriger in einer Kampfwahl gegen den damaligen Amtsinhaber Claude Cornu (FDP) in den Ständerat abgeordnet. Alain Berset studierte Politologie und Oekonomie und gilt innerhalb der SP Fraktion, deren Vicepräsident er ist, als Finanz- und Wirtschaftsfachmann. In seinem Auftreten wirkt er stets elegant und sehr sicher. Ihm werden gute Chancen zugerechnet, einmal Nachfolger von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zu werden.

Zum Bundespräsidenten wählte die Vereinigte Bundesversammlung Bundesrat Hansrudolf Merz. Er hat seine schwere Herzkrankheit glücklich überstanden und wirkt ruhig und konzentriert wie zuvor. Auf ihn kommt ein arbeitsreiches Jahr. Zu den Aufgaben als Bundespräsident gesellen sich die Sorgen als Finanzminister um die wirtschaftliche Entwicklung und den Bundeshaushalt. Bundespräsident Merz wird sein Präsidialjahr auch nutzen, um die blockierte Situation mit der EU in der Frage des Bankkundengeheimnisses zu entkrampfen. Und in seinen Auftritten bei der Bevölkerung werden wir einen schalkhaften und humorvollen Appenzeller erleben. Mit ihm verbindet sich meinerseits eine gute Kollegialität, herrührend noch aus seiner Zeit als Ständerat.

### **Budget 2008**

Immer in der Wintersession befasst sich das Parlament mit dem Voranschlag für das kommende Jahr. Die Debatte im Nationalrat beanspruchte etwa neun Stunden und war geprägt von Anträgen im Zusammenhang mit konjunkturpolitischen Massnahmen des Bundes. Diese beinhalten zusätzliche Aufwendungen u. A. für den Hochwasserschutz, energetische Massnahmen im Gebäudebereich und für den gemeinnützigen Wohnungsbau sowie Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte. Der verabschiedete Voranschlag

sieht bei einem Ertrag von gut sechzig Milliarden Franken einen Ueberschuss von 970 Millionen Franken vor.

### **Massnahmen zu Gunsten der UBS**

Das Massnahmenpaket umfasst drei Bereiche: Als erstes hat der Rat einen Sechs-Milliarden Kredit für eine Pflichtwandelanleihe, mit welcher der Bund die UBS rekapitalisiert, bewilligt. Zudem nahm er Kenntnis vom Rettungspaket der Nationalbank, welche in eigener Kompetenz eine Zweckgesellschaft gegründet hat, in der die faulen und illiquiden Papiere der UBS ausgelagert werden. Faktisch ist die Nationalbank damit eine Bürgschaft von sechzig Milliarden Franken zu Gunsten der UBS eingegangen. Und schliesslich wurde als Folge der Finanzmarktkrise der Einlegerschutz von heute 30'000 auf neu 100'000 Franken erhöht. Dieser Punkt war unbestritten.

In einer zehnstündigen Sonderdebatte ging ein verbales Gewitter in Bezug auf die „Kasinomentalität“ der Verantwortlichen der UBS nieder. In der Detailberatung wurden Anträge knapp abgelehnt, welche eine Rückforderung von ausbezahlten Boni und den Verzicht auf Bonuszahlungen im laufenden Jahr forderten. Diese Haltung der Mehrheit hat mein Stimmverhalten beeinflusst; ich habe als einer von wenigen bürgerlichen Nationalräten dem Sanierungspaket nicht zugestimmt. Im Vergleich zur UBS kann weder eine KMU noch ein Landwirt in einer ähnlichen Situation zum Bund laufen und um Geld bitten, und dann noch verkünden, man werde Ende Jahr für sich und die Kaderleute gleichwohl Boni bereitstellen.

### **Demission von Bundesrat Samuel Schmid**

Die Demission von Bundesrat Samuel Schmid kam für die Schweizer Bevölkerung nicht unerwartet. Zu den Schwierigkeiten in seinem Departement kam eine chirurgisch bedingter Spitalaufenthalt und die enorme psychische Belastung hinzu, welche schliesslich in ihrer Gesamtheit den Ausschlag für den Rücktritt gaben. In der Bevölkerung hat Bundesrat Samuel Schmid nach wie vor grossen Rückhalt. Seine besonnene und Vertrauen erweckende Art hat ihn in den Augen vieler Bürger zum Landesvater alter Schule geprägt. Und dafür gebührt ihm auch der Dank der Eidgenossenschaft. In einer bemerkenswert staatspolitischen Rede hat er am 10. Dezember der Vereinigten Bundesversammlung und den am Bildschirm präsenten BürgerInnen sein politisches Vermächtnis dargelegt. Darin mahnte er die politischen Kräfte an die alt bewährten Eigenschaften der Schweiz: Toleranz, Weitblick, Zuverlässigkeit und Mass halten in Forderungen.

Samuel Schmid wurde Ende 2000 als Vertreter der Berner SVP in den Bundesrat gewählt. Seine Amtszeit stand SVP-parteiintern unter einem ungünstigen Stern. Dem dominanten Zürcher Flügel war die ausgleichende und moderate Art von Bundesrat Schmid von Anfang an ein Dorn im Auge. Und so hatte er die grössten Kritiker ausgerechnet in der eigenen Fraktion. Das führte dann zur Trennung und zum Beitritt zur neu gegründeten BDP. Wegen der Ernennung von Brigadier Roland Nef zum Chef der Armee kam Bundesrat Schmid dann von allen Seiten stark unter Beschuss.

### **Untersuchung durch die GPK**

Im Zusammenhang mit der Ernennung von Brigadier Roland Nef zum Chef der Schweizer Armee erhielt die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK) den Auftrag, die Umstände der Wahl näher zu untersuchen. In meiner Eigenschaft als Subkommissionspräsident führte ich diese Untersuchung zusammen mit elf Kolleginnen und Kollegen durch. Es war eine inhaltlich und zeitlich anspruchsvolle Arbeit. Innerhalb von zwei Monaten hat unsere Kommission an elf speziell angesagten Sitzungen zuerst insgesamt zwölf Personen, darunter Bundesrat Schmid, Bundespräsident Couchepin, Armeechef Nef, alt Korpskommandant Keckeis und Oberauditor Weber angehört. Die Aussagen und weitere schriftlich eingeholte Informationen wurden in einem zweiten Schritt zum eigentlichen Sachverhalt zusammengefügt. Auf Grund der relevanten Rechtsgrundlagen entstand dann unsere Beurteilung, welche schliesslich in sechs Empfehlungen an den Bundesrat mündet. Der

Bericht wurde zeitgerecht vor Beginn der Wintersession präsentiert. Er ist öffentlich zugänglich und kann unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) (auf der Frontseite) abgerufen werden.

### **Bundesratswahl**

Am 10. Dezember versammelte sich die Vereinigte Bundesversammlung, um den Nachfolger von Bundesrat Samuel Schmid zu wählen. Der Anspruch der SVP, und damit die Einhaltung der Konkordanz, wurde mit Ausnahme der Grünen, von keiner Partei bestritten. Im Vorfeld wurden SVP-intern zirka ein Dutzend Kandidaten ins Spiel gebracht. Die Fraktion unterbreitete einen Zweivorschlag mit alt Bundesrat Christoph Blocher und Nationalrat Ueli Maurer (ZH). Noch am Vorabend der Wahl wurde Bauernpräsident und Nationalrat Hansjörg Walter (TG) von der Partei- und Fraktionsleitung der SVP unmissverständlich gemahnt, eine allfällige Wahl nicht anzunehmen. Dabei verwies man auf die Parteistatuten, welche eine Wahlannahme mit dem Parteiausschluss bestrafen. Und so sah sich Hansjörg Walter unmittelbar vor dem ersten Wahlgang genötigt, zu erklären, eine allfällige Wahl nicht anzunehmen. Und trotzdem erhielt er im ersten Wahlgang über hundert Stimmen, im zweiten verpasste er das absolute Mehr gerade um eine Stimme, um dann im dritten mit 122 : 121 gegen Ueli Maurer zu unterliegen.

Ab Neujahr führt nun Bundesrat Maurer das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Er übernimmt damit kein leichtes Erbe. Der Zustand unserer Armee war auch schon ein Besserer. Und zudem ist Bundesrat Maurer der Kollegialität verpflichtet, welche ihm gebietet, Beschlüsse des Bundesrates auch *contre coer* zu vertreten. Gerade im VBS stehen brisante Geschäfte an, bei denen sich die SVP sachlich in der Minderheit befindet. Ich traue Ueli Maurer das Meistern dieser Gratwanderung zu; er ist politisch sehr erfahren und wird die Parteipolitik besser unter den Scheffel stellen können, als das bei Bundesrat Blocher seinerzeit der Fall war.

### **Die Statuten der SVP**

Die Ereignisse im Vorfeld und während der Wahl des Nachfolgers von Herrn Bundesrat Samuel Schmid haben innerhalb der SVP eine noch nie dagewesene Dimension von parteiinterner Druckausübung auf mögliche Kandidaten aufgezeigt. Das Ergebnis war eine faktische Einschränkung der Wahlfreiheit der Vereinigten Bundesversammlung auf zwei Kandidaten. Und nach dem Rückzug der schon im Vorfeld aussichtslosen Kandidatur Christoph Blochers beschränkte sich die Wahlfreiheit auf jene des nachmalig gewählten neuen Bundesrates Ueli Maurer.

Auslöser der dargestellten Situation sind die Statuten der SVP, welche seit einem halben Jahr eine Ausschlussklausel beinhalten. Danach werden Mitglieder, welche ein Bundesratsmandat annehmen, ohne dass sie vorher von der Fraktion nominiert worden sind, aus der Partei ausgeschlossen. Eine solche parteiinterne Klausel ist des geltenden Wahlsystems der Bundesversammlung unwürdig. Sie schränkt die Wahlfreiheit des Wahlkörpers massiv ein. Im übergeordneten Bestreben, die Konkordanz aufrecht zu erhalten, sieht sich die Bundesversammlung in solchen Situationen genötigt, Fraktionsvorschläge ohne Alternative akzeptieren zu müssen. Wenn das Beispiel Schule macht, und alle Parteien künftig die kritisierte Regelung übernehmen, verkommt die Vereinigte Bundesversammlung zu einem Gremium, welches bei seiner wichtigsten Funktion, der Wahl des Bundesrates, lediglich Fraktionsbeschlüsse nachzuvollziehen hat.

Deshalb habe ich, gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 Parlamentsgesetz eine Parlamentarische Initiative eingereicht. Darin fordere ich, dass Rechtsgrundlagen zu schaffen sind, damit die Wahlfreiheit der Vereinigten Bundesversammlung nicht durch Parteistatuten eingeschränkt wird.

### **Parallelimporte**

Nach einem über mehrere Jahre andauernden politischen Hick Hack wurde in der Frage der Parallelimporte endlich ein Entscheid gefällt. Der Nationalrat ist auf die Linie des Ständerates

eingeschwenkt und hat im Patentrecht der regionalen Erschöpfung zugestimmt. Mit Ausnahme von Medikamenten werden somit aus dem EU Raum Parallelimporte zugelassen. Dabei gilt festzuhalten, dass der Schutz von Patenten nicht abgeschafft wird, aber Patentschutz nicht gleichbedeutend auch Preisschutz bedeutet. Die Zukunft wird weisen, welche realen volkswirtschaftlichen Auswirkungen die Aenderung mit sich bringt.

### **Strompreise**

In meinem Bericht aus der Herbstsession habe ich auf die anstehende Diskussion über die Strompreise hingewiesen. Bundesrat Moritz Leuenberger hat anlässlich einer längeren Debatte zur momentanen Situation Stellung bezogen. Auf Grund des politischen Drucks konnte erreicht werden, dass die Strompreise weniger stark ansteigen, als von der Strombranche im Herbst angekündigt. Damit ist die Sache noch nicht erledigt. Die Elektrizitätskommission (ElCom) unter dem Vorsitz von alt Ständerat Carlo Schmid (AI) wird sich mit weit über zweitausend Klagen und Reklamationen von Konsumenten zu befassen haben. Und auch auf dem parlamentarischen Weg sind neue Eingaben eingereicht.

Gerne benutze ich hier die Gelegenheit und wünsche allen Leserinnen und Lesern des Entlebucher Anzeigers frohe Festtage und ein gutes, gesegnetes neues Jahr.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos